

Wirtschaftsgipfel Tokyo

Treffen der Staats- bzw. Regierungschefs
am 28. und 29. Juni 1979

Erklärung

Die Staats- bzw. Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika trafen am 28. und 29. Juni 1979 in Tokyo zusammen. Die Europäische Gemeinschaft wurde bei den Beratungen über Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit vom Präsidenten des Europäischen Rats und vom Präsidenten der Europäischen Kommission vertreten.

1. Die auf dem Bonner Gipfel erzielten Vereinbarungen trugen zu einer Verbesserung der Weltwirtschaft bei. Das Wirtschaftswachstum verstärkte sich in einigen Ländern, Zahlungsbilanzgleichgewichte wurden abgebaut und eine größere Währungsstabilität erreicht.

2. Wir sehen uns aber auch neuen Herausforderungen gegenüber. Die Inflation, die in den meisten Ländern zurückging, erhält nunmehr wieder Auftrieb. Höhere Ölpreise und Ölverknappung haben den wirtschaftspolitischen Spielraum in allen unseren Ländern eingeengt. Hierdurch wird die Inflation verschärft und das Wachstum sowohl in Industrie- wie in Entwicklungsländern verlangsamt werden. Die Entwicklungsländer ohne eigene Ölvorkommen zählen zu den am härtesten Betroffenen.

Wir sind uns über eine gemeinsame Strategie zur Behandlung dieser Probleme einig. Die vordringlichsten Aufgaben bestehen darin, den Ölverbrauch zu verringern und die Entwicklung anderer Energiequellen zu beschleunigen.

Unsere Länder haben bereits ins Gewicht fallende Maßnahmen zur Verringerung des Ölverbrauchs getroffen. Wir werden diese Bemühungen verstärken.

Die Europäische Gemeinschaft hat beschlossen, den Ölverbrauch für 1979 auf 500 Millionen Tonnen (10 Millionen Barrel pro Tag) zu beschränken und die Öleinfuhren der Gemeinschaft zwischen 1980 und 1985 auf einem Jahresstand zu halten, der nicht über dem von 1978 liegt. Die Gemeinschaft überwacht die Einhaltung dieser Verpflichtung und die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich sind übereingekommen, ihren Gemeinschaftspartnern zu empfehlen, daß der Beitrag eines jeden Mitgliedslandes zur Einhaltung des jeweiligen Jahresvolumens dargestellt wird. Japan, Kanada und die Vereinigten Staaten werden jeweils das angepaßte Einfuhrvolumen erreichen, auf das sie sich für 1979 in der IEA festgelegt haben, ihre Einfuhren im Jahre 1980 auf einem Stand halten, der nicht über den von 1979 hinausgeht, und werden dies überwachen.

Die sieben Länder bekunden ihren Willen, die nachstehenden Zahlen als angestrebte Höchstgrenze für die Öleinfuhren im Jahre 1985 zugrunde zu legen:

- für die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien *) und das Vereinigte Königreich: die Zahl für 1978.
- Kanada, dessen Ölerzeugung sich zwischen heute und 1985 drastisch verringern wird, wird seine jährliche Durchschnittswachstumsrate des Ölverbrauchs auf 1 Prozent reduzieren, mit einer sich daraus ergebenden Verminderung der Öleinfuhren um 50 000 Barrel pro Tag im Jahre 1985. Das Einfuhrziel für Kanada wird daher 600 000 Barrel pro Tag betragen.
- Japan legt für 1985 als Ziel ein Volumen zugrunde, das den Bereich zwischen 6,3 und 6,9 Millionen Barrel pro Tag nicht überschreitet. Japan wird dieses Ziel in regelmäßigem Abstand überprüfen und es im Lichte der laufenden Entwicklung und Wachstumsprojektionen präzisieren sowie alle Anstrengungen unternehmen, um die Öleinfuhr durch Einsparungen, Rationalisierung des Verbrauchs und intensive Entwicklung alternativer Energiequellen zu verringern und damit zu niedrigeren Zahlen zu gelangen.
- Die Vereinigten Staaten legen als Ziel für 1985 ein Einfuhrvolumen zugrunde, das den Stand entweder von 1977 oder das angepasste Ziel für 1979, das heißt 8,5 Million Barrel pro Tag, nicht überschreitet.

Diese Ziele für 1985 gelten als Bezugsgrundlage für die Überwachung der Energieeinsparung und die Entwicklung alternativer Energiequellen.

Eine Gruppe hochrangiger Vertreter unserer Länder und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften werden im Rahmen der OECD die erzielten Ergebnisse in regelmäßigem Abstand überprüfen. Geringe Anpassungen sind zulässig, um einem durch Wachstum geschaffenen besonderen Bedarf Rechnung zu tragen.

Bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen werden wir uns von dem Grundsatz leiten lassen, angemessene Lieferungen von Ölerzeugnissen für alle Länder zu erhalten unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Versorgungsstrukturen, der zur Beschränkung der Öleinfuhren unternommenen Anstrengungen, der Wirtschaftslage eines jeden Landes, der verfügbaren Öl-mengen und der Möglichkeiten eines jeden Landes zur Energieeinsparung.

Wir fordern andere Industrieländer nachdrücklich auf, sich ähnliche Ziele zu setzen.

Wir sind übereingekommen, Maßnahmen zu ergreifen, um das Funktionieren der Ölmärkte transparent zu machen und zu diesem Zweck ein Register für internationale Ölgeschäfte einzurichten. Wir werden die Ölgesellschaften und Ölausfuhrländer auffordern, ihre Geschäfte auf dem Spotmarkt zu mäßigen. Wir werden prüfen, ob es durchführbar ist, im Zeitpunkt der Anlandung von Rohölfrachten die Vorlage von Dokumenten zu verlangen, aus denen der vom Erzeugerland bescheinigte Kaufpreis hervorgeht. Wir werden uns ferner darum bemühen, bessere Informationen über die Gewinnlage der Ölgesellschaften und die Verwendung der diesen Gesellschaften zur Verfügung stehenden Mittel zu erlangen.

*) Die Verpflichtung Italiens bezüglich des Standes von 1978 wird im Rahmen der Gesamtverpflichtung der Europäischen Gemeinschaft übernommen.

Wir halten es übereinstimmend für wichtig, die einheimischen Ölpreise auf dem Stand der Weltmarktpreise zu halten oder sie so bald wie möglich auf diesen Stand anzuheben. Wir werden uns darum bemühen, administrative Maßnahmen auf ein Mindestmaß zu beschränken und schließlich ganz zu beseitigen, die infolge inländischer Niedrigpreise für Öl die Weltölpreise nach oben drücken können, und neue zu Subventionen vermeiden, die die gleiche Wirkung hätten.

Unsere Länder werden kein Öl zur staatlichen Vorrats-haltung kaufen, wenn hierdurch übermäßiger Druck auf die Preise ausgeübt würde. Wir werden uns über Beschlüsse konsultieren, die wir zu diesem Zweck fassen.

3. Wir verpflichten uns im Namen unserer Länder, auf umweltfreundliche Weise die Verwendung und Erzeugung von Kohle sowie den Handel mit Kohle so weit wie möglich zu steigern, ohne die Umwelt zu schädigen. Wir werden uns bemühen, in der Industrie- und der Elektrizitätswirtschaft Öl durch Kohle zu ersetzen, den Transport von Kohle zu verbessern, eine positive Haltung gegenüber Investitionen für Projekte im Kohlesektor beibehalten, uns verpflichten, den Kohlehandel auf Grund langfristiger Verträge nicht zu unterbrechen, sofern eine nationale Notlage dies nicht erfordert, und mit Hilfe von Maßnahmen, die die Kohleinfuhr nicht beeinträchtigen, den Stand der einheimischen Kohleerzeugung beizubehalten, der aus energie-, regional- und sozialpolitischen Gründen erwünscht ist.

Wir müssen alternative und insbesondere solche Energiequellen ausbauen, die dazu beitragen, eine weitere Umweltverschmutzung zu verhindern, insbesondere durch eine Erhöhung der Konzentration von Kohlendioxid und Schwefeloxiden in der Atmosphäre.

Ohne einen Ausbau der kernkraftherzeugenden Kapazität in den kommenden Jahrzehnten werden sich Wirtschaftswachstum und ein höherer Beschäftigungsstand nur schwer erreichen lassen. Dies muß unter Bedingungen geschehen, die die Sicherheit der Menschen gewährleisten. Zu diesem Zweck werden wir zusammenarbeiten. Hierbei kann die Internationale Atomenergieorganisation eine Schlüsselrolle spielen.

Wir bekräftigen die auf dem Bonner Gipfel erzielte Vereinbarung über die zuverlässige Lieferung von Kernbrennstoff und die Verringerung der Gefahr einer Verbreitung von Kernwaffen auf ein Mindestmaß.

Neue Technologien im Energiesektor sind der Schlüssel dafür, daß die Welt auf längere Sicht von Versorgungskrisen verschont bleibt. Umfangreiche öffentliche und private Mittel werden für die Entwicklung und kommerzielle Nutzung dieser Technologien erforderlich sein. Wir werden sicherstellen, daß diese Mittel zur Verfügung stehen. Es wird eine Internationale Energietechnologie-Gruppe gebildet, die an die OECD, IEA und sonstige zuständige internationale Organisationen angelehnt ist und die von einem jeden unserer Länder im Inneren getroffenen oder geplanten Maßnahmen überprüft und über Notwendigkeit und Möglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit, einschließlich der Finanzierung, berichtet.

Wir bedauern die auf dem jüngsten OPEC-Treffen gefaßten Beschlüsse. Wir erkennen an, daß einige Teil-

nehmer sich vergleichsweise gemäßigt zeigten. Die ungerechtfertigte Ölpreiserhöhung, die dennoch vereinbart wurde, muß jedoch zu sehr ernststen wirtschaftlichen und sozialen Folgen führen. Sie bedeutet mehr weltweite Inflation und weniger Wachstum. Dies wird zu höherer Arbeitslosigkeit und größeren Zahlungsbilanzschwierigkeiten führen und sowohl in Entwicklungs- wie in entwickelten Ländern der Welt die Stabilität gefährden. Wir sind auch weiterhin bereit, gemeinsam mit den ölausführenden Ländern zu prüfen, wie die Angebots- und Nachfrageaussichten auf dem Weltölmarkt bestimmt werden können.

4. Wir stimmen darin überein, daß wir die in Bonn für unsere jeweiligen Volkswirtschaften vereinbarten Maßnahmen in einer den derzeitigen Umständen angepaßten Form fortführen sollten. Energieverknappung und hohe Ölpreise haben einen echten Einkommens-transfer verursacht. Wir werden durch unsere Binnenwirtschaftspolitik versuchen, den Schaden für unsere Volkswirtschaften so gering wie möglich zu halten. Unsere Optionen sind jedoch begrenzt. Versuche, den Schaden durch entsprechende Einkommenssteigerungen auszugleichen, würden lediglich die Inflation verschärfen.

5. Wir sind übereinstimmend der Auffassung, daß wir mehr zur Verbesserung der langfristigen Produktivität und Anpassungsfähigkeit unserer Volkswirtschaften tun müssen. Hierfür erforderliche Schritte könnten unter anderem sein: höhere Anreize für Investitionen sowie für Forschung und Entwicklung, Maßnahmen zur Erleichterung der Abwanderung von Kapital und Arbeit aus rückläufigen in neue Industrien sowie administrative Regelungen, die eine unnötige Beeinträchtigung von Investitionen und Produktivität vermeiden, vermindertes Anwachsen der laufenden Ausgaben in einigen Bereichen der öffentlichen Hand und Beseitigung von Hemmnissen der internationalen Handels- und Kapitalströme.

6. Die in der Tokyo-Runde erzielten Vereinbarungen sind eine wichtige Leistung. Wir haben uns zu ihrer baldigen und gewissenhaften Durchführung verpflichtet. Wir bekräftigen erneut unsere Entschlossenheit, den Protektionismus zu bekämpfen.

Wir wünschen eine Stärkung des GATT sowohl für die Überwachung der in den multilateralen Handelsverhandlungen erzielten Vereinbarungen wie auch als Instrument für künftige Maßnahmen zur Erhaltung des offenen Welthandelssystems. Wir würden es begrüßen, wenn sich möglichst viele Länder an diesen Vereinbarungen und an dem System als Ganzem in vollem Umfang beteiligen würden.

7. Wir werden uns verstärkt darum bemühen, die für jede unserer Länder geeignete Wirtschaftspolitik zu verfolgen, um ein dauerhaftes außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erzielen. Stabilität auf den Devisenmärkten ist für die gesunde Entwicklung des Welt Handels und der Weltwirtschaft von wesentlicher Bedeutung. Seit dem Bonner Gipfel ist dies durch zwei bedeutsame Entwicklungen gefördert worden – das Programm der Vereinigten Staaten vom 1. November 1978 im Zusammenwirken mit anderen Währungsbehörden sowie der erfolgreiche Beginn des Europäi-

schen Währungssystems. Wir werden auch weiterhin im Bereich der Währungspolitik und bei der Förderung einer wirksamen Erfüllung der Aufgaben des IWF, insbesondere seiner Überwachungsfunktion und seiner Rolle bei der weiteren Stärkung des internationalen Währungssystems, eng zusammenarbeiten.

8. Konstruktive Nord-Süd-Beziehungen sind wesentlich für eine gesunde Weltwirtschaft. Wir haben uns unsererseits konsequent darum bemüht, die Entwicklungsländer in vollstem Umfang in das offene Welthandelssystem einzubeziehen und unsere Volkswirtschaften den sich wandelnden internationalen Gegebenheiten anzupassen. Die Probleme, denen wir uns gegenübersehen, sind weltweit. Sie lassen sich nur durch gemeinsame Verantwortung und Partnerschaft lösen. Diese Partnerschaft kann jedoch nicht nur von den Anstrengungen der Industrieländer abhängen. Die OPEC-Länder haben eine ebenso wichtige Rolle zu spielen. Die jüngste Entscheidung, die Ölpreise wesentlich zu erhöhen, wird auch erheblich die Probleme verschärfen, denen sich Entwicklungsländer ohne eigene Ölvorkommen gegenübersehen, wie auch beträchtlich die Schwierigkeiten erhöhen, die sich für die entwickelten Länder bei der Unterstützung dieser Entwicklungsländer stellen. Die Entscheidung könnte sich auf einige Entwicklungsländer sogar lähmend auswirken. In dieser Lage erachten wir es insbesondere für erforderlich, daß mehr Mittel, einschließlich privater und öffentlicher, bilateraler und multilateraler Mittel, in die Entwicklungsländer fließen. Ein günstiges Investitionsklima in den Entwicklungsländern wird Auslandsinvestitionen fördern.

Wir sind tief besorgt darüber, daß immer noch Millionen Menschen in größter Armut leben. Wir werden die ärmsten Länder bei unseren Hilfsprogrammen besonders berücksichtigen.

Wir fordern erneut die COMECON-Staaten auf, ihren Beitrag zu leisten.

Wir werden größeren Nachdruck auf die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Überwindung von Hunger und Unterernährung legen. Wir werden multilaterale Organisationen auffordern, diese Länder dabei zu unterstützen, wirksame Strategien auf dem Nahrungsmittelsektor zu entwickeln und die für umfangreiche nationale Nahrungsmittelvorräte erforderliche Speicherkapazität zu schaffen. Erhöhte bilaterale und multilaterale Hilfe für die Landwirtschaftsforschung wird von besonderer Bedeutung sein. In dieser und anderer Hinsicht werden wir uns verstärkt darum bemühen, diesen Ländern durch eine den örtlichen Gegebenheiten angepaßte technische Zusammenarbeit dabei zu helfen, ihr Potential an menschlicher Leistungskraft zu entwickeln.

Wir werden ferner der Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Nutzung ihres Energiepotentials besondere Bedeutung beimessen. Wir unterstützen nachdrücklich das Programm der Weltbank betreffend die Nutzung von Kohlewasserstoffen und treten für seine Erweiterung ein. Wir werden die Entwicklungsländer in verstärktem Maße dabei unterstützen, mehr nicht erschöpfliche Energie zu verwenden. Wir begrüßen die Koordinierung dieser Bemühungen durch die Weltbank.

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt

Auf der Pressekonferenz nach Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels in Tokyo am 29. Juni 1979 gab Bundeskanzler Helmut Schmidt folgende Erklärung ab:

Herr Vorsitzender,

ich möchte zunächst Ihnen für die Gastfreundschaft danken, die Sie uns gewährt haben, und für die Leitung dieses 5. Weltwirtschaftsgipfels. Ich möchte sagen, daß der Vorsitzende, Premier Ohira, einen bedeutenden Anteil daran hat, daß diese Konferenz zum Erfolg geführt wurde. Ich möchte zugleich, ähnlich wie die Sprecher vor mir, sehr herzlichen Dank sagen für die Gastfreundschaft des japanischen Volkes insgesamt, vornehmlich für die Gastfreundschaft seiner Majestät des Kaisers. Und vielleicht darf ich hinzufügen, daß ich mich auch bedanken möchte für die zugleich wirksame und zugleich höfliche Arbeit der hiesigen Polizei und der hiesigen Sicherheitskräfte.

Was die Substanz der Ergebnisse angeht, so haben wir uns zu Kompromissen zusammengefunden, haben unsere Interessen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, um die Grundlinien der Energiepolitik unserer Staaten für die nächsten Jahrzehnte gemeinsam festzulegen. Ich will dabei nicht verhehlen, daß es mich durchaus befriedigt, im Schlußkommuniqué viele der Vorstellungen wiederzufinden, welche die Bundesregierung seit längerer Zeit vertreten hat, sowohl zu Hause als auch im Ausland.

Es entspricht der notwendigen Bereitschaft zum Kompromiß, ohne die solche Gipfelkonferenzen nicht erfolgreich sein können, daß wir Europäer – und das gilt also auch für mein eigenes Land, die Bundesrepublik Deutschland – hier in Tokyo Entgegenkommen zeigen mußten und auch wollten. Es ist uns nicht ganz leicht gefallen, für die vier Länder der Europäischen Gemeinschaft – Präsident Giscard d'Estaing hat schon darauf hingewiesen –, für Frankreich, Großbritannien, Italien und für die Bundesrepublik Deutschland, die Beschlüsse weiter zu detaillieren, die wir schon vor einer Woche auf dem Europäischen Rat in Straßburg gefaßt haben, um unsere Öleinfuhren bis 1985 zu limitieren. Wir haben dabei unsere Partner in der Europäischen Gemeinschaft nicht präjudiziert, die gestern und heute nicht hier sein konnten. Wir selbst aber sind für uns über die Straßburger Beschlüsse hinausgegangen.

Diese Begrenzungen unserer Öleinfuhren, fixiert bis zum Jahre 85, werden, wie es eben schon Präsident Carter gesagt hat, unsere Volkswirtschaften und unsere ganze Gesellschaft zu tiefreichenden Veränderungen zwingen und sie zu tiefgreifenden Anstrengungen führen.

Für uns ist klar – und wir wünschen, daß es allen unseren Bürgern klar wird –, daß wir nach den Vereinbarungen von Tokyo in der Verwirklichung unserer energiepolitischen Ziele schneller vorankommen müssen, als wir noch vor einiger Zeit in all unseren Staaten gedacht hatten. Dazu zwingen uns die erneuten wirtschaftlich ungerechtfertigten Preiserhöhungsbeschlüsse der OPEC.

Unser heutiges Kommuniqué signalisiert die gemeinsame Richtung unserer Energie- und Wirtschaftspolitik. Dabei braucht übrigens die Bundesrepublik Deutschland ihre seit 1973 klar vorgezeichnete energiepolitische Richtung nicht zu verändern. Wohl aber müssen wir unsere Anstrengungen zu Hause in Deutschland erheblich verstärken. Dabei werden uns große Wortgefechte wenig helfen.

Es wird in meinem Lande bleiben bei den schon in den vergangenen Jahren gültig gewesenen Grundlinien unseres Energieprogramms und seiner Fortschreibungen, nämlich erstens einer Politik weg vom Öl, zweitens einer Politik des verstärkten Einsatzes der heimischen Kohle, drittens einer Politik des notwendigen Ausbaus der Energie, der Elektrizitätserzeugung auf der Basis nuklearer Energie, viertens einer verstärkten Forschungs- und Technologiepolitik zur Einsparung von Energie und zur Erschließung neuer Energiequellen. Wir werden alle diese seit Jahren begonnenen Wege mit zusätzlicher Energie weiter beschreiten.

Das Wichtigste allerdings kann nicht der Staat bewirken, sondern das Wichtigste müssen Industrie und Verbraucher tun, nämlich sorgsam und sparsam mit Energie umgehen, nicht nur weil Energie immer teurer geworden ist, sondern auch weil sie weltweit noch knapper werden wird.

Ich möchte ausdrücklich Präsident Giscard d'Estaing beipflichten, es sollte sich niemand darüber täuschen, daß auch dann, wie ich zuversichtlich bin, wenn es uns Industrieländern gelingt, unseren Energieverbrauch, unseren Ölverbrauch zu beschränken, daß auch dann die Länder der Dritten Welt, deren Entwicklung wir wünschen, zu deren Entwicklung wir beitragen, daß die Länder der Dritten Welt einen gesteigerten Energiebedarf haben werden. Für dessen Deckung fühlen wir uns aus moralischen wie aus politischen Gründen in einer gewissen Mitverantwortung. Und wir haben deshalb, wenn wir Energie sparen, wenn wir in zunehmendem Maße Öl durch andere Energiequellen ersetzen, nicht nur an unseren Nutzen gedacht, sondern ebenso gedacht an die zwangsläufigen Notwendigkeiten, vor denen die Entwicklungsländer stehen.

Ich möchte gerne in diesem Zusammenhang vor allen Versuchen warnen, sich um die höheren Energiekosten und um die dadurch ausgelösten Zwänge herumzumogeln, und ebenso davor warnen, sich angesichts der erhöhten Energiepreise daran zu berei-

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Weickerstraße 11, 5300 Bonn 1

Verantwortlich: Peter Röhrig, Bonn

Verlag: Deutscher Bundes-Verlag GmbH, Bonn

Druck: Bundesdruckerei Bonn

Nachdruck honorarfrei gestattet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen.

Bezugspreis (halbj. 15,60 DM. Laufender Bezug nur durch den Verlag. Nachlieferung gegen Voreinsendung von 0,60 DM (0,20 DM zuzüglich 0,40 DM Versandkosten) auf Postscheckkonto Köln 11 64-505, Deutscher Bundes-Verlag GmbH.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer nicht enthalten (§ 2 Abs. 3 UStG 1967).

Z 1988 BX

(Adresse)

Deutscher Bundes-Verlag GmbH · Postfach 12 03 80 · 5300 Bonn 1

chern. Vielmehr müssen wir diese Last, die uns allen von den ölexportierenden Staaten auferlegt worden ist, gemeinsam tragen. Dabei warne ich vor Hysterie und vor Aufgeregtheit. Beide wären sehr schlechte Ratgeber, ebenso in der Politik wie im wirtschaftlichen Leben, wie im privaten Bereich.

Für alle an der Konferenz beteiligten Staaten, für unsere Völker, für unsere Volkswirtschaften und für die Regierungen und Parlamente bedeutet das Ergebnis, daß wir zu Hause harte Arbeit leisten müssen, um die Tokyoter Richtlinien in praktische Politik umzusetzen.

Was mein eigenes Land, die Bundesrepublik Deutschland angeht, so werde ich Anfang nächster Woche in einer Regierungserklärung vor unserem Parlament, vor dem Deutschen Bundestag erläutern, welche Schlußfolgerungen wir ziehen müssen, um in die Wirklichkeit umzusetzen, was hier in Tokyo als Notwendigkeit anerkannt und beschlossen wurde.

Wir werden uns dieser Herausforderung stellen, und ich bin voll überzeugt, daß wir sie meistern können.

Thank you very much, Mr. Chairman.

Verlautbarung über Flugzeugentführungen

Premierminister Masayoshi Ohira gab als Vorsitzender des Gipfeltreffens in Tokyo auf der gemeinsamen Pressekonferenz am 29. Juni 1979 folgende Stellungnahme ab:

Auf Bitten an dem Gipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs gebe ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Treffens folgende Erklärung im Zusammenhang mit der im Juli 1978 in Bonn herausgegebenen Erklärung zu Flugzeugentführungen ab.

„Die Staats- und Regierungschefs gaben ihrer Genugtuung über die breite Unterstützung Ausdruck, die die auf dem Bonner Gipfel im Juli 1978 abgegebene Erklärung zu Flugzeugentführungen bei anderen Staaten gefunden hat. Sie stellten fest, daß Verfahren zur unverzüglichen Durchführung der Erklärung vereinbart wurden und daß bisher Zwangsmaßnahmen auf Grund der Erklärung nicht erforderlich waren.

Sie stellten auch mit Befriedigung den weitreichenden Beitritt zu den Übereinkommen fest, die sich mit un-

rechtmäßigen Eingriffen in die internationale Zivilluftfahrt befassen. Die weitgehende Unterstützung dieser Übereinkommen und der Bonner Erklärung zu Flugzeugentführungen läßt erkennen, daß die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit die darin zum Ausdruck kommenden Grundsätze anerkennt.“

Besondere Erklärung über die Indochina-Flüchtlinge

Die in Tokyo versammelten Staats- und Regierungschefs nahmen zu der Fluchtbewegung in Südostasien wie folgt Stellung:

Die Not der Flüchtlinge aus Vietnam, Laos und Kambodscha stellt ein humanitäres Problem historischen Ausmaßes dar und ist eine Bedrohung für Frieden und Stabilität in Südostasien. Angesichts dieser Tragödie und dieses Leids verlangt das Problem sofortige, umfangreiche Maßnahmen.

Die Staats- und Regierungschefs fordern Vietnam und andere Länder Indochinas auf, vordringlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um der Bedrängnis und dem Leid der Menschen ein Ende zu setzen. Sie unterstreichen die große Bedeutung, die sie, unbeschadet der Grundsätze der freien Ausreise und Familienzusammenführung, der sofortigen Einstellung des ungeordneten Flüchtlingsstroms beimessen.

Die hier vertretenen Regierungen werden im Rahmen einer internationalen Anstrengung ihre Beiträge zur Linderung der Not der Indochina-Flüchtlinge und zu ihrer Wiederansiedlung wesentlich erhöhen, indem sie mehr Mittel bereitstellen und mehr Menschen aufnehmen; hierbei werden sie die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in jedem ihrer Länder berücksichtigen.

Die Staats- und Regierungschefs ersuchen den Generalsekretär der Vereinten Nationen, so bald wie möglich eine Konferenz einzuberufen mit dem Ziel, konkrete und positive Ergebnisse zu erreichen. Sie unterstützen dieses Ziel uneingeschränkt und sind zur konstruktiven Teilnahme an einer solchen Konferenz bereit.

Die Staats- und Regierungschefs fordern alle Staaten auf, sich an der Lösung dieses vordringlichen Problems zu beteiligen.